

Was hätten Sie in ihrer aktiven Zeit als Bundespolitikerin noch gern erlebt?

Ich wünsche mir für zwei Themen mehr Aufmerksamkeit – der Kampf gegen die Gewalt in unserer Gesellschaft und ein größeres Augenmerk auf Kinder und Jugendliche. Wir brauchen eine klarere Aufstellung gegen Gewalt in der Familie und solide finanzierte Beratung, Frauenhäuser, aber auch Beratung und Hilfe für die Opfer von Kindesmissbrauch als einer besonderen Form von Gewalt in der Familie. Die Finanzierung solcher Angebote ist auch ein verfassungsrechtliches Problem und sollte in einer Föderalismusreform angegangen werden. Und das Augenmerk auf Kinder und Jugendliche muss geschärft werden. Ich habe gerade erst ein Familiengericht erlebt, das ganz stark mit Verweis auf das Grundgesetz das Recht der Eltern in den Mittelpunkt gestellt hat. Ich finde, Kinderrechte gehören ins Grundgesetz, damit

man auch mit dem Recht des Kindes argumentieren kann. Natürlich stehen alle Menschen im Grundgesetz, aber der besondere Blick auf das besonders empfindsame und schützenswerte Kind bzw. Jugendliche scheint mir eine Aufgabenstellung für die Zukunft zu sein, an der ich jetzt nicht mehr parlamentarisch arbeiten kann, aber wofür ich natürlich eine Botschaft habe.

Haben Sie einen Karrietipp für junge Juristinnen, die sich heute in einer Männerwelt behaupten wollen?

Sich nicht um das Thema Männer scheren, sondern ihr eigenes Ding machen, ihr eigenes Thema finden. Es gibt dann auch Anfeindungen, aber man verschafft sich auch Respekt, wenn man möglichst unbefangen ist und die eigenen Überzeugungen vertritt. Und was ich Juristinnen immer empfehle – wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen.

Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen

Pressemitteilungen

- 13-21 Endspurt: djb-Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung – 2013“ geht in die letzte Runde (1.8.2013)
- 13-20 djb fordert von litauischer Ratspräsidentschaft, die Überarbeitung der Mutterschutzrichtlinie fortzusetzen (16.7.2013)
- 13-19 Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung: Keine Schonzeit für Fielmann (11.7.2013)
- 13-18 djb gratuliert: Bayerischer Verdienstorden für Renate Maltry (1.7.2013)
- 13-17 Für eine Reform der Minijobs (Gemeinsamer Aufruf zahlreicher Verbände) (25.6.2013)
- 13-16 djb fordert Individualbesteuerung (7.6.2013)
- 13-15 Zurück auf Null: Luisa Deplazes Delgado verlässt SAP-Vorstand (4.6.2013)
- 13-14 Vertrauliche Geburt – djb fordert gesetzliche Regelung noch vor der Wahl (23.5.2013)
- 13-13 Bundestagsaktion „Spitzenfrauen fragen Spitzenkandidaten“: Steinbrück verspricht eine 40 Prozent-Vorstandsquote bis 2017 / Von der Leyen: „Das Land braucht die Quote“ (17.5.2013)
- 13-12 „Spitzenfrauen fragen Spitzenkandidaten“ am 17. Mai in Berlin. Steinbrück, von der Leyen, Wagenknecht, Göring-Eckardt und Kolb antworten Frauenverbänden (17.5.2013)
- 13-11 „Nein“ zur Frauenquote für die Aufsichtsräte – Gesetzgeber ignoriert Verfassungsauftrag (19.4.2013)
- 13-10 Auf der Zielgeraden ist ein klares Bekenntnis gefragt – Frauenverbände fordern ein Votum für Quote in Aufsichtsräten – Verbände verlangen, den Fraktionszwang aufzuheben und eine freie Abstimmung zuzulassen (15. April 2013)

- 13-09 djb zu fünf häufigen Irrtümern über das Ehegattensplitting (Anhang: 13-09E Erklärung: Zu den fünf häufigsten Irrtümern über das Ehegattensplitting) (22.3.2013)
- 13-08 djb-Initiative „Frauen in die Roten Roben“ hat durchschlagenden Erfolg (21.3.2013)
- 13-07 Massive Verschlechterungen bei der Prozesskostenhilfe benachteiligen Alleinerziehende (Gemeinsame Pressemitteilung zahlreicher Verbände) (13.3.2013)
- 13-06 djb fordert Einsatz qualifizierter Dolmetscherinnen und Dolmetscher in Strafverfahren – auch für die Opfer der Straftaten (8.3.2013)
- 13-05 Schutz der „Altehe“ – Mitnichten eine Reform des Unterhaltsrechts (28.2.2013)
- 13-04 Mehr Gleichbehandlung für eingetragene Lebenspartnerschaften: Bundesverfassungsgericht bestätigt auch bei den Sukzessivoptionen die Position des Deutschen Juristinnenbundes (19.2.2013)
- 13-03 Superwahljahr für die Aufsichtsräte – super Wahljahr auch für Frauen? (18.1.2013)
- 13-02 Quote für Aufsichtsräte und Vorstände rechtlich geboten (17.1.2013)
- 13-01 Gender Pay Gap lässt sich mit statistischen Tricks nicht „wegrechnen“ (16.1.2013)

Stellungnahmen

- 13-07 Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz, KOM(2008)637endg. (16.7.2013)